

Bezugpreis:

Wochenblatt 10,50 M., monatlich 3,20 M., ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Soll u. Sein' erscheint wochentlich zweimal. Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgeleitete Konvokationsliste ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 15. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Urteil im Lindner-Prozess.

Ein einiges Deutschland!

Die eine deutsche Republik, die mußt du (deutscher ...)

Für Einheit und Freiheit strebte das Völkertum, aber die Kleinstaaterei konnte es nicht überwinden.

Die Revolution vom Jahr 1918 war selber auch nicht die deutsche Revolution, weit mehr war sie die Revolution der Bayern, der Kieler und der Kölner.

Wir blieben weit vom Einheitsstaat entfernt. Der Verfassungsentwurf von Preuß suchte wenigstens einen großen Schritt zur Reichseinheit zu machen.

Stärker als unser ideales Streben nach dem einigen Deutschland, das der deutschen Sozialdemokraten geistiges Erbe von Marx und Engels, von Bebel und Liebknecht ist, ist die wirtschaftliche Not unseres Reiches.

Wie in der Industrie, gilt es auch im Staate, daß der Großbetrieb das Vorteilhafteste, Billigste, Ausdauerhafteste ist.

Diese Verschwendungen können wir uns auf die Dauer nicht leisten. Alles ruht nach Konzentration der geistigen, der politischen, der wirtschaftlichen Kraft in Deutschland, wie in jeder Partei.

Wir müssen streben, nicht mit der alten Verwaltung und mit den alten Geheimräten zu wirtschaften. Wenn wir endlich zu dieser Ueberzeugung gelangen, dann müssen wir sparsam mit den neuen Kräften für Reich und Verwaltung wirtschaften.

14 Jahre Zuchthaus.

Pünktlich um 11 Uhr vormittags verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Reichardt, folgendes Urteil des Volksgerichts:

Im Namen des Volksstaats Bayern hat das Volksgericht für Recht erkannt:

- 1. Freigesprochen wird der Angeklagte Alois Lindner von der Anklage des Mordes.
2. Verurteilt wird der Angeklagte Lindner wegen des Verbrechens des versuchten Totschlages ...

Arbeitsaufnahme in Halle.

(Drabbericht unserer Hallenser Korrespondenten.) Nach einstündigem Streik wegen der Beurteilung ...

Vor einer Kohlenkatastrophe in Kiel.

(Eigener Drabbericht aus Kiel.) Die Versorgung der Stadt Kiel mit Kohle ist so schlecht, daß nur noch an drei Stunden täglich Gas abgegeben werden kann.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Danzig.

Bei den Wahlen am Sonntag zur Danziger Stadtverordnetenversammlung wurden in 132 Bezirken insgesamt 89.000 Stimmen abgegeben.

Das wird allmählich zur Allgemeinüberzeugung. Wenige Monate, nachdem wir die Reichsverfassung vollendet haben.

Dieser Antrag Graf (Soz.)-Vorsch (H.)-Friedberg (Dem.) und Genossen birgt folgende Züge: Durch die Reichsverfassung sind die Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat herbeigeführt worden.

Das deutsche Volk befindet sich in der schmerzlichen Lage des Reiches wie der Länder und Gemeinden, die ständig wechselnden Schwierigkeiten und Hemmnisse, die das Leben einander von Reichsregierung und zahlreichen Landesregierungen zur Folge hat, lassen den Versuch geboten erscheinen.

deutschen Einheitsstaates erreichen läßt. Aus diesen Erwägungen heraus ersucht die Landesversammlung die Staatsregierung, sofort und nach der Einbringung der endgültigen Verfassung bei der Reichsregierung und den Regierungen aller deutschen Länder dahin zu wirken, daß sie über die baldige Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen eintreten.

Möge dieser Ruf zur wahren deutschen Republik freudigen Widerhall finden bei Preußen und Bayern, bei Thüringern und Rheinländern, bei Franken und Schwaben, bei Alemannen und Hessen, in der Reichsleitung wie in der Nationalversammlung, in allen Einzelstaaten, in ihren Parlamenten und bei deren Regierung.

Ueber Kleinlichen Egoismus, über historische Bedenken, auch über Kleinbürgertum und Althergebrachtes hinaus muß unser Streben gehen zur einigen deutschen großen Republik.

Die deutsche Sozialdemokratie hat diesen Bescheid schon im Sommer beschritten. Sie hat auf ihrem Weimarer Parteitag im Juni folgenden Antrag zu dem ihren gemacht:

Der Parteitag spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik aus und fordert die Parteigenossen in der Regierung, in der Nationalversammlung und im ganzen Reiche auf, allen partikularen Tendenzen wirksam entgegenzutreten.

Die freiheitliche Entwicklung Deutschlands wird erst gesichert, wenn die Überwindung der Reichs- und Bundesstaaten überwunden sein wird.

Die Wirkungen des Krieges müssen zu einer Verbilligung und damit zur Vereinfachung der Verwaltung führen. Aus dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet muß auch das einheitlich geschlossene deutsche Staatswesen erwachsen.

Die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie werden daher den Antrag, der jetzt aus der preussischen Landesversammlung kommt, mit Herz und Hand unterstützen. Sie werden zu ihrem Teile nachzubolen suchen, was aus Gründen, die mächtiger als ihr Streben waren, in den stürmischen Novembertagen des Vorjahres veräußert worden ist.

'Eichenlaub'.

Den 'Offenen Worten' ist ein Helfer erstanden in Gestalt der Soldatenzeitung 'Eichenlaub', die wohl kaum vom Reichswehrministerium als privates Unternehmen abgetan werden kann.

Der 'Vorwärts' hatte sich in seiner Morgenausgabe vom 26. November 1919 mit dem alldeutschen Grafen Reventlow unter der Überschrift 'Der Helffer aus Sinterland' über die Gründe des Zusammenbruchs auseinandergesetzt und dabei die Mängel und Fehler der alten Armee als die eigentlichen Gründe des Zusammenbruchs aufgeführt.

Dem 'Vorwärts' hat's die Uniform angetan, genau so wie meinem Dadel, dem einmal ein Voltstift und Verrechen auf den Schwanz getreten hatte. Er kommt diesmal aus dem Heinen und Kadaverzeiten gar nicht mehr heraus.

Dem 'Vorwärts' hat's die Uniform angetan, genau so wie meinem Dadel, dem einmal ein Voltstift und Verrechen auf den Schwanz getreten hatte. Er kommt diesmal aus dem Heinen und Kadaverzeiten gar nicht mehr heraus.

Matth. 23, 13) Um so wütender läßt dieser seinen Herzog-
freund von A. Reventlow an, der eben um die Erde spaziert
und benutzt die Gelegenheit, seinem ganzen tiefgefühlten Daß
gegen das Offizierkorps Luft zu machen.

In diesem Tone geht es weiter. Uns würden persönlich
die Entstellungen des Herrn Gerhard Vichter, der als
Schriftleiter des Blattes persönlich diesen Angriff zeichnet,
sehr kalt lassen, wenn nicht der Zweck deutlich erkennbar wäre:
Durch fortgesetzte Angriffe auf Blätter der Mehrheitspartei,
deren Kritik an der alten Armee in eine Herabsetzung
der Reichswehr umgelogen wird, die Reichswehr-
soldaten gegen die Partei und damit gegen
die jetzige Regierung überhaupt aufzuheben.
Ist diese Polemik doch nicht die einzige. In demselben Blatt
findet sich ein Erguß gegen die gleichfalls mehrheitssozialistische
„Schlesische Bergwacht“, die geistlos hat, daß die Revolu-
tion auf die besiegten Länder beschränkt bleibt, und daß die
Fortdauer der kapitalistischen Herrschaft in den Siegerstaaten
auch uns leider das Gesetz vorschreibt. Dazu bemerkt das
„Eichenlaub“:

Worum leytet es der Fall ist, warum wir so schmach-
lich besiegt dastehen mit der Revolution im Lande — das
verschweig sie (die „Schlesische Bergwacht“). Red. d. B.)

Nach mehr! Das genannte Blatt ist nicht nur in den
zwei zitierten Artikeln bemüht, die alldeutsche Legende aufrecht-
zuhalten, daß die Revolution vom 9. November schuld am
Zusammenbruch sei, es druckt auch noch ein alldeutsches
Gedicht aus dem „Tag“ ab, dessen letzte Zeilen also
lauten:

Das Meer, das über Rhein gewogt,
Sind' es in Mannszucht noch und Eisen,
Wie wird der weltsche Sklavendogt
Sich da schneidender erweisen!
Das listig feig gereute Meer —
Es wiegt von den an Euch begangenen
Verbrechen leins wie dies so schwer!
Bergeht es nie, Ihr Kriegsgefangenen.

So hegt das offizielle Organ einer Reichswehrbrigade
gegen die Revolution vom 9. November, auf der die
jetzige republikanische Regierungsform beruht. Wahr-
scheinlich, um die Soldaten zur Treue und zum Gehorsam
gegen die Republik zu erziehen! Wann kommt eigentlich das
vom Reichswehrministerium angeforderte, wirklich neutrale
Soldatenblatt und wie lange will man diese Vergehung noch
dulden?!

„Rote Fahne“ gegen Spartakus.

Die völlige Zerrissenheit der R. V. D. kommt jetzt nach
Ausschreien des Belagerungszustandes voll zum Ausdruck. Es
erscheinen momentan in Berlin zwei „Rote Fahnen“, die
eine herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen
Partei, die andere von den aufständigen und abgepaltenen
Berliner. Beide Blätter betrachten sich als legitimen Nach-
folger des von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begrün-
deten Parteiorgans und nummerieren dementsprechend. In
Nummer 73 der Berliner „Roten Fahne“ wird auf der
ersten Seite der Sieg des Kommunismus in
der U. S. V. gefeiert. Der Leipziger Parteitag der
U. S. V. bedeute einen „wollen Sieg des kommuni-
stischen Gedankens“, womit die U. S. V. gleichzeitig
„den Dank ihrer einstigen Revolutions-
politik anerkannt“ habe. Aber trotzdem ist die
U. S. V. noch nicht reif zur ewigen kommunistischen Seelig-
keit. Däumig habe einen „schwächlichen Rückzug ange-
treten, und dem armen, durchgefallenen Ledebaur wird
erklärt, daß er noch Schulung nötig habe. (Es wird aber
Beit! Red.) Bis die U. S. V. ganz im Lager von Sparta-
kus steht, will man sie „weiter peitschen mit bren-
nenden Ruten“. Um das Fegefeuer kommt selbst der
zeitige Ständer nicht herum!

Viel schlechter aber ergeht es in der gleichen Nummer der
Reichszentrale der R. V. D., mit der man in Berlin
völlig zerfallen ist. Sie gehört zu den verstorbenen Sündern,
denen die ewige kommunistische Verdammnis sicher ist. Die

Paul Jech.

Eine Selbstschau.

Paul Jech, dieser starke Gegenwartsdichter proletarischen Geblüts,
hat eine kurze Selbstbiographie geschrieben, die in dem dieser
Tage im Rowohlts-Berlag erscheinenden Buch „Symphonie jüngster
Dichtung — Reminiscenzdämmerung“ neben Selbstbiographien
anderer neuer Dichter zu lesen sein wird. Kurt Pinthus
gibt dies Sammelwerk heraus. Aus welchem Stoff Paul Jech
besteht, läßt sich aus jeder Zeile dieses Dichters erahnen.
Sein Wesen quillt und stürmt sich in jedem Satz. Was von seinem
Dichten gilt, ist nun auch in der Selbstbiographie, die wir hier
wiedergeben. Paul Jech sagt von sich und seinem Leben:

Lieber Leser, verlange von einem Selbstbildnis nicht immer
abgeklärte Objektivität. Jemandem steht stets der Reflex des
Spiegels als Schminke zu sehen. Aber was geht Dich im Grunde
die Form meines Schädels an? Oder die Linie des Oberarms, wenn
er sich nicht hebt, wo er zu Gott will? Oder gar mein häßlerum-
faultes Erleben? Jedes Leben wird tausendmal von tausend Leben ge-
eilt. Manchmal in Terminen. Manchmal mit Hüften. Manchmal auf
Walddämmen. Manchmal im Vordeh. Was darüber ist, ist Legende. Ich
zerstörte sie. Denn ich bin nicht „Jüngste Dichtung“, sondern dreißigjährig
Nahre (alt). Und den Wald betriebe ich um 1904. Auch nicht
Weichselaner bin ich (obwohl der Thoren geboren), vielmehr die
schärfste Kofle. Ich selber kam (nach Reichthaler), Griechisch und
schlechten Examina) nicht über den (vom Innen geforderten) Versuch
hinaus. Doch diese zwei (reichsten) Jahre —; Sottrop, Kabbob,
Kons, Lens, bekümmert: von Nachtbadern, von Schwerverhörigen und
Blinden —; Geduldigkeit und Güte für Alle auf Erden zu fordern.
Lange bevor die Affäre November 1918 war.

Dennoch paßt es mir nicht, daß Du mich als „Politischer
Dichter“ (in Deinem Sinn) schimpfst. Jede Dichtung ist, sofern sie
weniger dem Blut (also belanglos) ist, politisch. Wenn Du also in
meinen acht Verbbüchern Dich durch Kder, Bald, Abend und
staudige Strahe bläust, von Gott und Weib (dieses zuletzt) bist,
sollen die agrarische Gebundenheit, das Sehnisse, Verwurde, die Un-
gucht und der Glaube Dich durcheinander schütteln zum besseren,
zum lebendigen Menschen.

Oder ich verdiene: zum alten Eisen geworfen zu werden. Nun
bestrafe mich nicht: in Klüften zu verstauben.

Entschelde!
Und nicht nur Dich!

Der Bund für Schulhausausstellungen. Die feinerzeit von dem
Maler Albert Knab zuerst angelegte Idee, in den Schulen Kunst-
ausstellungen zu veranstalten (vgl. meinen Bericht vom 21. Febr.

Reichszentrale der R. V. D. hat unter dem Titel „Sparta-
kus“ ein eigenes Organ herausgegeben. Die „Rote Fahne“
stellt fest, daß dieser „Spartakus“ ohne Genehmigung
der Gesamtpartei vertrieben werde, daß man nicht wisse,
woher die Gelder stammen und schließlich, daß dieser
„Spartakus“ mit „Schwindeltricks“ arbeite. Die
„Rote Fahne“ schließt ihre Betrachtung:

Dieser „Spartakus“ wird uns noch viele Freude be-
zelen. Die erste Nummer druckte das Rundschreiben der dritten
Internationalen ab, das die provisorische Reichszentrale links und
rechts abseitige, die zweite Nummer ergeht sich in Schwindeltricks,
wie sind gespannt auf die nächste.

Die Hamburger „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ ver-
langt, daß Levi wegen seiner Verhandlungen mit dem linken
Flügel der U. S. V. in Leipzig vor einem Sammlungspar-
teitag der R. V. D. zur Verantwortung gezogen werde.
— So wird man auf der äußersten Linken von Tag zu Tag
einiger!

Eine fürstliche Abfindung.

Im mecklenburgischen Landtag hat eine bürger-
liche Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einen
Besitz von dem Fürstentum Mecklenburg-Schwerin und
dem ehemaligen Landesherren zugestimmt, der dem einstigen Groß-
herzog für seine bekanntlich „herorragenden“ Verdienste außer dem
Privatvermögen noch folgendes zuspricht: vier Güter im Werte von
wenigstens 2 122 500 M., ferner 1 425 570 Hektar Forsten, eine
große Anzahl Grundstücke, ein Schloss mit der entsprechenden
Zahl von Nebengebäuden, Gärten usw., ein Palais mit ent-
sprechendem räumlichen Zubehör, drei Sommerwohnungen
mit Nebengebäuden, ein Kapellengebäude und dazu das nette Süm-
men von 6 Millionen in bar. Außerdem werden dem verdienst-
vollen Hause — es gibt noch einige Lanten, Witwen, Onkels
und dergleichen — recht ansehnliche Anwartschaften zugesagt.

Ein feines Geschäft, Großherzog zu sein und abhanken zu
müssen. . .! Der ehemalige Großherzog wird durch die ihm zu-
gesprochenen Leistungen einer der größten Grundbesitzer Mecklen-
burgs.

Ein Protest.

Der „Bund entschiedener Schulreformer“ sendet uns folgenden
Protest mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Der Bund entschiedener Schulreformer unter den akademisch
gebildeten Lehrern und Lehrerinnen erhebt öffentlich Einspruch da-
gegen, daß die „akademische Freiheit“ dadurch verhöhnt wird, daß
reaktionäre Professoren es sich herausnehmen dürfen,
gegen Studenten, welche deren unwissenschaftliche und vor-
nehmliche parteipolitische Polemik in sogenannten „Vorlesungen“ in
öffentlicher, sachlicher Kritik zurückweisen, „disziplinarisch“ vorzu-
gehen.

Wären solche „Gefährten“ ihren Kritikern in Wort und Schrift,
in Versammlungen, Zeitungen und Zeitschriften öffentlich ent-
gegengetreten, aber aufs entschiedenste abzulehnen ist es, wenn sie
ihre Uebermacht als akademische „Lehrer“ und Erzieher dazu miß-
brauchen, im Kolleg ihre Gegner zu beschimpfen und im Senat
sie zu „bestrafen“ und auf ihrer Laufbahn zu schädigen, weil sie
Ranne demut besitzen.

Es heißt nicht die Ehre der Unberührt als der Stätte höchster
Wahrung aufrechtzuerhalten, wenn die Försie zu Tumultplätzen
der Demagogie gemacht werden, wenn dort das Ansehen der
Reichsbehörde systematisch untergraben wird. Solch Verfahren hat
keinerlei Duldung zu beanspruchen. Der Bund erwartet, daß der
Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das
Urteil gegen den Studiosus Penner revidiert, daß er damit eine
Unterstützung gegen solche Professoren erweise, die ihre Aufgabe,
unparteiische Erkenntnisse vorzutragen, gräßlich verlegen. Lehrfrei-
heit ist keine Schimpferei!

Der demokratische Parteitag.

Auf dem Parteitag der Demokraten in Leipzig bekämpfte
der Abgeordnete Gothe in die Auffassung, daß mit der Beschlag-
nahme des Rotopfers durch die Entente nicht zu rechnen sei.
Wir müßten eine Aufgabe der Entente erhalten, ob sie das Reichs-
anopfer mit Beschlag belegen wolle oder nicht.

Graf (Berlin) stellte fest, daß man im Betriebsräte-
gesetz die Wünsche der Arbeitgeber nicht erfüllt habe. Die Sorgen,
die das Betriebsrätegesetz in bürgerlichen Kreisen erweckt,

d. J. ist inzwischen von verschiedenen Künstlern und Künstler-
organisationen in dankenswerter Weise aufgegriffen worden und
hat zur Gründung eines „Bundes für Schulhausausstellungen“
geführt, der gestern seine erste Ausstellung in
der Mittel-Waldschule zu Reutlitz, Lonauftrage 120,
eröffnet hat. Sie ist angegliedert an die Ausstellung emp-
fehlenswerter Schriften des Reutlitzer Lehrervereins. Herr
Bildhauer Gottard Sonnenfeld, der sich um die Organisation
dieses Bundes ganz besonders verdient gemacht hat, sagte in einem
Vortrag dessen Ziele aus. Das Wichtigste ist: Bei der
Jugend soll die Fähigkeit, Kunst zu genießen und Kunst zu ver-
stehen, mehr als bisher ausgebildet werden. Zu diesem Endzweck
wollen zunächst die Lehrer und die Künstler durch ihre Organisation
engere Fühlung miteinander nehmen. Die Künstler wollen Atelier-
und Ausstellungsführungen für Lehrer veranstalten und die Gelehrte
Künstlerischen Schaffens an der Hand der Werke erläutern. Die Schul-
hausausstellungen sollen nach ganz neuen Gesichtspunkten zu-
sammengestellt werden, nämlich zunächst natürlich nach künstlerischen,
aber dann auch nach pädagogischen. Deshalb soll die Aufnahme-
kommission nicht nur aus Künstlern, sondern auch aus Lehrern be-
stehen. Es versteht sich von selbst, daß alle Richtungen gleichmäßig
vertreten sein sollen. Das Kulturministerium und die Stadt Berlin
hatten Vertreter zu der Versammlung entsandt.

G. Widmer.

Die Fontane-Schungen, die der hundertste Geburtstag des
märkischen Dichters zeitigen wird, haben in Berlin bereits begonnen.
Die Gesellschaft für Theatergeschichte rief zu einer Feier nach dem
Schauspielhaus. In London und Otto Pionier verfügte sie über
Kräfte, die in Fontanes literarisches Schaffen und auch in seine
menschliche Art kenntnisreich eingedrungen sind. Beide haben den
Dichter persönlich erlebt. Landau zeichnete den Theaterkritiker.
Von Fontane stammt das Wort von der Demokratisierung der
Kunst. In dem Amte der Kritik war er durch eine Fülle von
Eigenschaften berufen. Immer war er bereit, auf die Absicht der
Dichter einzugehen. Nie brachte er fertige Maße für die Beurteilung
mit. Er hielt die Freiheit des Schaffens über alles hoch. Per-
sönlich, gütig, freundlich ging er ans Werk, jedes Wort des
Kritikers abwägend. Die Zeit der „Aufwachen Kritiken“ war dazu-
mal noch nicht gekommen; Fontane war der Morgenstern war nicht
ungünstig genannt, Friede aber selber in abgeschlossener Ruhe erst am
Tage nach der Aufführung. Den Darstellern war er ein unermüd-
licher Förderer; immer hat es ihm Freude gemacht, zu loben und
Schmerz zu tadeln. Auch vor dem Urteil des Publikums hatte er
Achtung; für ihn stand fest, daß das Publikum vielfach recht habe,
oft sehr beachtenswert. Sein Wille war, der Kunst in aller Weise
zu dienen, und er hatte Teil an allen Schritten, die in den acht-
ziger Jahren das deutsche Theaterwesen bedeutsam aufwärts führten.
Der Gründung des „Deutschen Theaters“ 1888 stand er nahe und
am Abbruch der achtziger Jahre wurde er die „Könige“ der „Freien
Bühne“. Mit humorvollen Wendungen verteilte Landau in glück-
licher Weise das Bild des Dichters. Man hat Fontane den „König
der Reden“ genannt; Kengel hätte ebenso gern der „Fontane des

finden überhaupt in Leipzig lebhaften Widerhall. Der Abg. Dr.
Pöschig wies auf den schlechten Valuta stand hin, der nur durch
möglichst teure Verläufe aus Ausland einigermaßen ausge-
glichen werden könne, und wandte sich gegen eine völlige So-
zialisierung der Kohlegruben.

Schließlich wurde von Dr. Frankfurter (Berlin) über das
Partei-programm gesprochen, zu dem ein von der Kom-
mission beschlossener Zusatz hinzugefügt werden soll. Sodann be-
schäftigte sich der Parteitag mit Fragen der Wirtschaftspolitik.

Agarische Unwahrscheinlichkeit.

Der Reichsrat hat beschlossen, die bisherigen Bestimmungen
über die Verwendung der Getreinernte beizubehalten, nach
welchen dem Landwirt nicht nur das übliche Saatquantum ver-
bleibt, sondern auch noch pro Kopf und Monat eines jeden Selbst-
versorgers 10 Pfund und zur Schweinefütterung für jeden Bursch
zwei Zentner. Der Reichsrat, früher Bundesrat, besteht aus den
Vertretern der einzelnen Staaten, die nach den Anweisungen
ihrer Regierungen handeln. Bevor die Regierungen zu ihrer
Entscheidung über die Getreidewirtschaftung kommen, haben sie,
wie immer in derartigen Fällen, sich vorher mit landwirt-
schaftlichen Sachverständigen auseinandergesetzt. Ob-
wohl das ganz selbstverständlich ist (denn es wird heute nicht
vom „grünen Tisch“ aus, sondern in enger Fühlung mit dem
praktischen Leben regiert), hätte man für nötig befunden, das
noch ausdrücklich zu bemerken. Die agrarische „Deutsche Tages-
zeitung“ jedoch fühlt sich veranlaßt, dazu zu schreiben: „Da haben
wir wieder einmal die „großen und bekannnten Sachverständigen!“
Sie deutet an, das könnten in diesem Falle nur „unberufene“
Sachverständige sein und meint damit, daß nur Landwirte ihre
Tendenz „berufene“ Sachverständige sein könnten. Aus den frü-
heren Verhandlungen des Ernährungsministeriums z. B. wissen
wir genau, was für Sachverständige das sind, die die Regierung
zugunsten pflegt. Da finden wir Namen, die der „Deutschen
Tageszeitung“ sicher auch recht geläufig sind, z. B. die Ritterguts-
besitzer Graf von der Schulenburg und Freiherr von Wangenheim,
Professor Kerebow von der Landwirtschaftlichen Hochschule
usw., also die langweiligen Namen der deutschen Land-
wirtschaft, die auch der „Deutschen Tageszeitung“ nicht zu
fern stehen dürften. Oder gelten diese Namen nicht als
als „berufene“ Vertreter der Landwirtschaft? Aber dem Blatt
kommt es hierauf gar nicht an. Es kommt ihm darauf an, wieder
einmal die Regierungspolitik zu durchkreuzen und zu verächtlichen,
darum schließt es seinen Angriff auch mit dem bezeichnenden Hin-
weis auf „Reichs- und Wirtschaftsminister“ Schmidt und den
„preussischen Minister gegen die Landwirtschaft“ Traun, ihnen zu
verleihen gebend, daß diese Herren die „richtigen“ Vertreter der
Landwirtschaft aus den Kreisen des Landbundes nehmen
sollten.

Litwijnoff in Kopenhagen.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Litwijnoff erklärte zu
der Weigerung der hiesigen Ententegeandten, von dem Frie-
densangebot Sowjetrußlands offiziell Kenntnis zu nehmen,
gegenüber einem Vertreter der Zeitung „Sozialdemokraten“,
daß er die Weigerung nur als eine Formalität ansehe.
Die Frage ist ja nicht, fuhr er fort, was ich oder die Sowjet-
regierung will; denn es ist klar genug: wir wollen
Frieden haben. Die Frage ist allein: Will die Entente
den Frieden? In diesem Falle erhalten wir wohl eine Ent-
scheidung in der einen oder anderen Weise. Es besteht kein
Zweifel, daß die amerikanischen, englischen und französischen
Arbeiter Frieden haben wollen. 1918, bevor die skandi-
navischen Länder ihre Gesandten aus Rußland zurückgezogen
hatten, forderten wir durch den norwegischen Gesandten die
Entente auf, mit uns in Friedensverhandlungen
einzutreten. Wir erhielten ebensowenig eine Antwort hierauf
wie auf die anderen Friedensvorschläge. Unsererwegen braucht
sich die Entente nicht zu beeilen. Wir haben trotz der
Blockade zwei Jahre ausgehalten und können noch zwei
Jahre aushalten. Die Lage wird für uns immer
besser, da auch die Bauern sich immer mehr uns an-
schließen. Eine Einberufung der Nationalversammlung

„Reichentum“ geübt; beide sind Typen jener vormärklichen Gene-
ration, die in Liebe zum Preußentum der ritterlichen Legende
ein Aufleben brachte.

Was Fontane insbesondere als Meister märkischer Dichtung
bedeutet hat, wurde von Otto Pionier höchst treffend auf
treulich für eine Mittagsstunde zu ausgebreitetem Wege durchwan-
dert. Doch diesem um die Fülle märkischer Geschichte verdienten
Räume muß der Fontane-Eifer gespart werden, um so williger, da
er bemerkt war, das Bild nicht mit wohlfeilen Bewunderungs-
strichen zu zeichnen. Wenn dem Dichter soße Pionier, die Fontane
Phantasie nicht hat, was, so die alte Schwiegermutter Weisheit um
so mehr; doch nur die erfindende Phantasie war ihm verlag; die
begegnungswillige aber besah er, und unerfüllt war seine Lust,
zu schauen. Wie dieser Durst und diese Kraft in seinen Balladen
und seinen plaudernden lyrischen Gelegenheitsstücken lebt, wurden
Herbmann Gregori und Da Wucht ausgedrückt, und
Henrich Schlusnus lang den berühmten „Archibald Douglas“,
das war das Beste vom Künstlerischen der Feier.

Der weiße Geiland, Gerhard Handmanns Gortz-Drama,
wird im Großen Schauspielhaus uraufgeführt werden, und zwar
im Umkleen an „Comlet“, welches Wert die „Cretle“ abgeben soll.

Eine englische Giarde in London gegründet worden
Schreier in der Dramatiser Douglas Goldring, der nach und nach des Ansehens
zur englischen Regierung in schärfster Opposition gelanden hat.

Zur Abhaltung der Revolution bricht Dr. Otto Groh für die
sozialistische Studentenpartei am 17. Dezember, abends
8 Uhr, im Auditorium 101 der Universität, Eintritt 20 Pfennig.

Der Geister Alter muß noch in Laufe dieses Monats an Veiglen
aufgeführt werden. Die Dürer-Gesellschaft veranstaltet am 19. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr, im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer
Straße 120 (nahe Voldamer Straße) einen Lichtbilder-Vortrag Paul
Schubring über das alte Kunstwerk. Karten zu 1 R. vorher in der
Charlottenstr. 12, Voldamer Straße 39.

Theater der Friederichshagen. Die Eröffnung der Schwanke „Die
Kutschbahn“ können die beiden Verfasser Heinz Gordan und
Kurt Kobb als großen Erfolg bezeichnen. Durch ihren humorvoll witzig
ausgeprägte Eigenart wird das Publikum in der höchsten Stimmung
erhalten. Zudem läßt das schöne Schauspiel sich erleben, daß ihm keine
etwas übertriebene Eigenartigkeit und Übermaß als Zugabe ist vorbehalten
wird. Neben Heinz Gordan, der das Spiel leitet und selber den Hüb-
schwandt trefflich darstellt, verdienen Tomi Ohling und Gustav Heppner
lobende Erwähnung.

Die Cyer Graziska von Albert Kaulisch erlangt am Randebarnes
Stadttheater großen Erfolg. Sie ist langweilig, melodisch, wuchtig. Die
Landung wurzelt im italienischen Volkstheater. In Golorit und Gualtieri
von Dichtung und Musik ist sie von Cavalleria und Carmen beeinflusst.

Stürmische Strindberg-Aufführung. Die Gattin des früheren
Stadtbaurat Universitätsprofessors Emma v. Labors spielt in Freiburg, i. B.,
in dem Schauspiel „Adriana Lecchiore“ von Strindberg die Titelrolle. Da
man ihr nachsah, sie hätte beim Gesang Vincenzo in Erziehung das
„gefesselte Elend“ dargestellt, kam es bei der letzten Vorstellung zu
Störungen durch Lärm und durch Pfeifen, trotzdem die Künstlerin mitge-
teilt hatte, daß sie gegen den Urheber des Geräusches gerichtlich vor-
gehen wird.

lung in Rußland ist zurzeit unmöglich. Ganz gewiß ist nicht die Mehrzahl der Einwohner Rußlands bolschewistisch gesinnt, aber ich bin überzeugt, daß die Mehrheit der russischen Bevölkerung für das Sowjet-System ist (!!!) Die Verhandlungen über die Kriegsgefangenen machen gute Fortschritte, und ich glaube bestimmt, daß wir zu einem Ergebnis kommen werden. Vorläufig warie ich nur die Rückkehr der Deserteuren von London ab.

Clemenceaus Schiffbruch.

Der große Mann hat Unglück; er ist zu alt, um eine anderwärtsende Welt zu begreifen, und sieht nichts anderes als das Pelipent der deutschen Vergeltung. Darum war die Schaffung eines ewigen Bündnisses mit England und Amerika sein heißes Bestreben. Es hat nicht zum Erfolg geführt. Amerika hat abgelehnt; Clemenceau mußte sich auf Reifen begeben und fuhr über den Kanal, um wenigstens England zum Abschluß eines garantierten Bündnisvertrages gegen Deutschland zu bewegen. Er muß ohne Resultate zurückkehren. Da ein Bestes allein kommt, liegt der fast achtzigjährige Mann bei der Ueberfahrt noch gegen einen Kasten und bricht sich eine Rippe... Armer Tiger!

Kleine politische Nachrichten.

Reimar Cobbing, der Verleger der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, ist im Alter von 44 Jahren Sonntag einer tödlichen Krankheit erlegen.

Heimkehr der „Emden“-Mannschaft. Die in Malta kriegsgefangene Mannschaft des Kreuzers „Emden“ traf, wie die „Coff. Zig.“ meldet, in Rosenheim (Oberbayern), der deutschen Grenzstation, ein, wo ihr ein feierlicher Empfang zuteil wurde. Der Transport wurde nach dem Lager Vedfeld bei Augsburg weitergeführt, wo die Befragung einer kurzen Quarantäne unterliegt.

Der Generalparlament. Der Steuerausfluß der Nationalversammlung nahm die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über Steuernachhilfe vor. Abg. Dr. Braun (Soz.) sprach sich gegen den ganzen Gesetzesentwurf aus. Die Gewährung eines Generalparlamentes bedeute eine Verminderung der Steuerhinterziehung, und sei in dieser Zeit, wo man im Begriffe stehe, Gesetze gegen Kapitalflucht und Steuerhinterziehung zu schaffen, nicht angebracht. Der Reichsrat werde das Gesetz sicher ablehnen. § 1 wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, mit der Maßgabe, daß der Steuerpflichtige und sein Erbe von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Abgabe für die Zeit vor dem 1. April 1919 frei bleibt, wenn er sein Vermögen und sein Einkommen richtig angibt.

Unterstützung der Angehörigen unserer Kriegsgefangenen. Die Reichsregierung hat sich in den letzten Tagen wiederum mit der wirtschaftlichen Notlage der Angehörigen der Kriegsgefangenen beschäftigt. Das Ergebnis war, daß den unterstützungsbedürftigen Ehefrauen eine einmalige Zuwendung in Grenzen bis zu 200 Mark und der gleiche Betrag für jedes Kind durch Vermittlung der die Auszahlung der Familienunterstützungen besorgenden Stellen gezahlt werden wird. Auch die sonstigen Angehörigen der Kriegsgefangenen sollen eine einmalige Beihilfe bis zum Betrage von 200 Mark erhalten, soweit sie nach den bestehenden Grundgesetzen bereits die Familienunterstützung erhalten und demnach als bedürftig anzusehen sind. Die Auszahlung der Gelder wird möglichst noch vor Weihnachten erfolgen.

Der Hauptmann von Cyprien in Koden. Im Bankhaus Prax u. Co. in Koden erschien am Sonnabend ein belagter Hauptmann in Begleitung von Schulheuten und bewaffneten belagerten Soldaten. Er legierte sich als Kaufmann des belagerten Justizministeriums und „Beschlagnahme“ ungefähr eine halbe Million Mark in deutschem, belgischem und anderem Geld. Der Bankier, der das nicht geahnt, ließ ihn begnadigen und in dem Augenblick, als der Hauptmann sich in einer Bedürfnisanstalt zum Händeln umzurückverdreht, verhaftet. Seine Persönlichkeit ist noch nicht zuverlässig festgestellt.

Ein Ratsschlag für Siebter. In unserem Artikel „Besatz in Bezug auf Nr. 688“ unserer Wochenschrift weist ein Leser darauf hin, daß es überaus empfehlenswert sei, falls jemand siedeln wolle, zunächst eine landwirtschaftliche oder gärtnerische Lehrstelle auf ein Jahr anzunehmen. Andernfalls würde man durch Mißerfolge vielfach entmutigt werden, wie es tatsächlich vielfach geschehen ist.

Straffreiheit in Disziplinarfällen. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf vom Reichsministerium des Innern zugegangen, der die Gewährung von Straffreiheit und Ermäßigung in Disziplinarfällen betrifft.

Abgelehnt! Wie unser Breslauer Parteiblatt mitteilt, wurde in einer am 27. November stattgefundenen Sitzung des erweiterten Beamtensrates einschließlich der Chämänner der Orts- und Bezirksbeamten-Ausschüsse des Bezirkes Breslau gegen nur 4 Stimmen beschlossen, den berechtigten 1. Vorsitzenden des Eisenbahnbeamten-Bundes des Bezirkes Breslau, den Rechnungswegrevisor Deglarz seines Postens zu entheben. — (Deglarz ist deutscher nationaler Abgeordneter in der Nationalversammlung. Er hat sich gegen das Streikrecht der Beamten ausgesprochen.)

Reberhichten der Kohlenarbeiter. Die Abgeordneten der Dortmund-Union, von Hoehs und Schönig erklärten sich bereit, zur Befriedigung der Kohlennot den Arbeitern die Annahme von Ueberhörsichten zu empfehlen, falls ihnen die Kontrolle der durch die Ueberhörsichten geförderter Kohlen eingeräumt und den Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag gewährt wird.

Reform des Geschichtsunterrichts. In einem Erlass des Kultusministers vom 6. Dezember an die Preussischen Provinzial-Schulkollegien und Regierungen wird darauf hingewiesen, daß die durchwiesene Umarbeitung der bisher in den Schulen gebrauchten Lehrbücher für Geschichte der Reichsschulkonferenz horgubehalten sei. Für die Uebergangszeit sind die bisher eingeführten Lehrbücher nicht weiter zu benutzen, und ihre Anschaffung kann von den Schülern und Schülerinnen nicht mehr verlangt werden.

Eine ständige Valutakommission. Die vom Reichsminister der Finanzen einberufene ständige Valutakommission trat Dienstag zu ihrer ersten Sitzung im Reichsfinanzministerium zusammen. Erörtert wurden insbesondere Fragen der allgemeinen Valutapolitik. In einer demnächst stattfindenden Sitzung soll die Verfassung und Organisation des ständigen Ausschusses festgestellt und in die Einzelberatung eingetreten werden.

Boche alsacien. Nach einer Verfügung vom 6. August 1919 kann das Amt eines Geschworenen in Straf-Verfahren nur von einem Franzosen, einem Elsäßer oder Veldtrücker französischer Abkunft versehen werden, der die französische Sprache versteht. Das Amt bleibt somit einer bestimmten Gesellschaftsklasse vorbehalten; die große Masse der Bevölkerung, deren Muttersprache die deutsche Sprache ist und die sich nicht von heute auf morgen die französische zulegen kann, bleibt von ihm ausgeschlossen.

Groß-Berlin

Das Wohnungsproblem.

In der am Freitag in den Juntasitzungen abgehaltenen sehr haec besuchten Versammlung der Arbeiterräte und Funktionäre der S. P. D. sprach Reichsarbeitsminister Salfer über das Wohnungsproblem. Er beauftragte die Ursachen und den Umfang der gegenwärtigen Wohnungsnot und bezeichnete die bis jetzt zur Bekämpfung derselben getroffenen behördlichen Maßnahmen als unzureichend. Die öffentliche Wohnungsfürsorge müsse in erster Linie gerichtet sein auf Erziehung von Neubauten mit Wohnungen, die der kleine Mann bezahlen kann, für diesen Zweck müsse das Reich die Mittel durch Gelei schaffen, die Länder müßten für Verringerung der Bauordnungen sorgen und Bauland zur Verfügung stellen, die Gemeinden müßten sich in den Besitz von Bauland setzen, die gemeinnützigen Bauvereinigungen unterstützen oder den Wohnungsbau selbst in die Hand nehmen. Alle drei Faktoren müßten aber in erster Linie die Finanzfrage lösen. Die jetzt von den Ländern und vom Reich geleisteten Beiträge zu den verteuerten Baukosten reichen nicht aus, weil die Uebersteuerung viel höher sei als beim Erlaß der Beihilfebestimmungen angenommen worden sei. Da die Teuerung der Baukosten in absehbarer Zeit nicht schwinden werde und die Mehrkosten auch nicht auf die Mieter abgewälzt werden können, so ist eine Neuregelung der Baukostenbeihilfe in Aussicht genommen, derart, daß die volle Höhe der Uebersteuerung aus öffentlichen Mitteln bestritten wird. Die Zuschüsse sollen aber, damit sie nur dem Kleinwohnungsbau zugute kommen, nur für solche Bauten geleistet werden, die nicht mehr als 70 Quadratmeter Grundfläche haben. Voraussetzung der Gewährung des staatlichen Zuschusses soll sein, daß die Gemeinden ein Drittel derselben übernehmen. Die Zuschusssumme soll als Hypothek eingetragen und der Gemeinde ein Einfluß auf die Höhe der Miete gesichert werden. Nach 20 Jahren soll die Rentabilität des Gebäudes nachgeprüft werden und wenn sich herausstellt, daß sie nicht oder nur zum Teil aus den Erträgen des Grundstücks zurückgezahlt werden kann, dann soll der betreffende Teil als nicht rückzahlbar niedergeschlagen werden. Auch für Beschaffung von Baukosten müsse gesorgt werden.

Es sei eine Verordnung in Vorbereitung, durch die der dringenden Wohnungsnot abgeholfen werden soll. Die Verordnung solle den Bezirkswohnungskommissionen das Recht geben, Bauland zu enteignen. Für das Enteignungsverfahren sei ein vereinfachter Prozeßweg vorgesehn. Auch die Sorge für Ueberdaffung von Baukosten solle dem Bezirkswohnungskommissionar übertragen werden. In dem Zweck soll ihm das Recht übertragen werden, den Betrieb billigerer Bauhoffabriken nötigenfalls zu erzwingen. Für andere Bauhoffabrik wie Holz, Sand usw. soll dem Kommissionar das Beschlagnahme-recht zuteilen. So soll also der

Wohnungsbau in großräumiger Weise

in Gang gebracht werden. Alle diese Maßnahmen könnten aber den gewünschten Erfolg nur dann haben, wenn sie verständnis sind bei denen, für die sie ins Werk gesetzt werden sollen. Auch die Maßnahmen betreffend die schon vorhandenen Wohnungen sollen verfeinert werden. Der Wohnungskommissionar soll das Verfügungsrecht über nicht ausreichend belegte große Wohnungen erhalten. Um den Schleichhandel mit Wohnungen zu unterbinden, würden besondere Maßnahmen erforderlich sein. Das Wohnungswesen lasse sich ja leicht öffentlich bewirtschaften. Ein Gesetz zur Regelung und Förderung des Heimstättenwesens werde im Laufe des Winters der Nationalversammlung zugehen. Heimstätten, die aus öffentlichen Mitteln geschaffen werden, müßten auch im öffentlichen Besitz bleiben, aber falls sie privater Besitz werden, müsse die Gemeinde das Vorkaufsrecht haben. Besonders Interesse bringe die Regierung der

Schaffung von Arbeiterwohnungen in den Bergbaubezirken und der Lösung der ländlichen Siedlungsfrage entgegen. Wenn alle Faktoren vertrauensvoll zusammenarbeiten, dann werde es dem neuen Deutschland gelingen, die Wohnungsfrage zu lösen.

Die äußerst rege, sachliche Diskussion zeigte für das lebhafteste Interesse, welches die Parteigenossen an der Wohnungsfrage nehmen. Persönliche Erfahrungen und Wünsche im Wohnungswesen wurden vorgetragen und scharfe und baldige Abhilfe des allgemeinen Notstandes durch Eingetretung der Gesetzgebung wurde alleinig gefordert.

Nachdem die Diskussion geschlossen war, verlas Genosse Schlegel den am Sonnabend morgen im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufruf des Bezirksvorstandes, dem die Versammlung einstimmig beizutrat.

Zusammenschluß der Mietervereine Groß-Berlins.

Am gestrigen Sonnabendmittag tagte eine Delegiertenversammlung, beauftragt vom Mieterbund Groß-Berlin, dem Allgemeinen Mieterverband S. P. D. und dem Mieterkassenverband „Vorkommern“ zum Zweck der Schaffung eines Einheitsverbandes.

Nach der Eröffnung referierte der Bundesvorsitzende des Mieterbundes Dr. Reiner über das Thema „Die Einheitsfront“. Der Redner charakterisierte in großen Zügen die Verhältnisse der Mieterbewegung in Groß-Berlin und hob besonders hervor, daß der Mieterverein des Groß-Berliner Westens ständig durch seine Eigenbröckerei die Aktionen aller übrigen Mietervereine, die in der Tagung mit 70 000 Mitgliedern vertreten seien, gehindert habe. Insbesondere seien die Behörden den vielen verschiedenen Sonderwünschen der Einzelvereine gegenüber rechtlos gewesen. Der einheitliche Verband müsse nach außen hin systematisch wirken. Es sei auch nötig, daß der Verband sich eine Arleigebasse zulege, um insbesondere notwendige Reparaturen gegen den Willen der Hausbesitzer ausführen zu lassen und sodann gegen die Vermieter die Kosten einzulagern. Hieraus hielt Dr. Seligmann ein kurzes Referat über die sich aus der Verschmelzung ergebenden organisatorischen Notwendigkeiten.

Die Versammlung trat dann in die Beratung der neuen Satzungen ein. Nach langer Debatte wurde der Name „Mieterverband Groß-Berlin“ gewählt und beschlossen, die gerichtliche Eintragung des Verbandes vorzunehmen zu lassen. Der Zweck des Verbandes ist, den Zusammenschluß aller Mieter, soweit sie nicht Hausbesitzer oder deren Interessentenvertreter sind, zu einer einheitlichen Organisation zu erziehen. Er bezweckt die Vertretung und Förderung der Interessen der gesamten Mieterschaft in sozialem Sinn unter Ausschluß parteipolitischen und religiöser Bestrebungen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Ausbau der Wohnungsfürsorge, Sozialisierung des Grund und Bodens und des gesamten Wohnungswesens, Ausbau des Mieterratsystems und Erzielung seiner gesetzlichen Anerkennung, zwangsweise Einführung sozialer Mietverträge, Bekämpfung des Wohnungswuchers, Verpflichtung der Kandidaten bei öffentlichen Wahlen auf die Mieterforderungen, Rechtsschutz der Mitglieder und Herausgabe einer Verbandzeitung. Die wirksamste Wahrung aller Mieterschaftsinteressen durch den Verband wird gefordert.

Die Schließung der Speisewirtschaften und Hotels.

Wie bereits gemeldet, haben die Groß-Berliner Gastwirte beschlossen, die Kichen am 18. Dezember zu schließen, wenn bis dahin nicht die inzwischen eingeleiteten Besprechungen mit den zu-

ständigen Behörden zu einer Milderung der erlassenen Bestimmungen über den Schleichhandel führen würden. Vor einigen Tagen fanden Besprechungen zwischen dem Justizminister und dem Vorsitz der Gastwirteverbände Dr. Weiklau statt, bei denen der Minister eine entgegenkommende Haltung zeigte. Es wurde jedoch gleichzeitig betont, daß eine Milderung der bestehenden Bestimmungen nicht ohne die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers zu erwarten sei. — Reichswirtschaftsminister Schmidt soll einer Änderung über die Schleichhandelsbestimmungen vorläufig ablehnend gegenüber stehen. Infolgedessen haben die Gastwirte beschlossen, falls eine Besprechung am Montag im Reichswirtschaftsministerium wieder negativ verläuft, am Mittwoch mittag noch einmal eine große Gastwirteversammlung einzuberufen und dann am Donnerstag die Schließung der Betriebe vorzunehmen.

Kirchturnspolitik.

Aus Krankenkassenkreisen wird uns geschrieben: Seit Monaten werden in Versammlungen und in der Presse die Möglichkeiten der Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin besprochen. Der Bürgerausschuß dessen Vorsitzender der Oberbürgermeister Schöneberg ist, hat hierfür eine rege Arbeit entfaltet. Zu einer praktischen Arbeit scheint es aber auch in diesen Körperkassen nicht zu kommen. Hieron gibt eine Mitteilung des Registrars Schöneberg bereits Kenntnis. Der Vorsitzende der Krankenkassen-Deputation, Herr Stadtrat Rabnow, teilt in einem Rundschreiben den Krankenkassen Groß-Berlins mit, daß die städtische Körperschaft Schöneberg vom 1. L. 1920 ab die Kur- und Verpflegungskosten für Patienten des Augusta-Viktoria-Krankenhauses wie folgt festsetzt hat:

a) für hier wohnhafte Erwachsene für den Tag 8 Mark, b) für hier wohnhafte Kinder unter 14 Jahren für den Tag 4,50 Mark, c) für hier nicht wohnhafte Erwachsene für den Tag 9 Mark, d) für hier nicht wohnhafte Kinder unter 14 Jahren für den Tag 8 Mark.

Die Gemeinde Schöneberg ist hiermit den übrigen Gemeinden Groß-Berlins vorausgegangen und hat den Verpflegungssatz für den Tag um 2 Mark erhöht. Dies ist eine recht erhebliche Belastung der Krankenkassen. Ganz unverständlich und ungerechtfertigt ist aber die Erhöhung des Verpflegungssatzes für nicht in Schöneberg wohnende Mitglieder von Krankenkassen um 1 Mark pro Tag. Diese Maßnahme ist eine völlig unangebrachte Schröpfung der Krankenkassen. Der damals mit so großen Hoffnungen gebildete Bürgerausschuß hätte in dieser Frage schon längst eine Verständigung in der Groß-Berliner Gemeindevertretung herbeiführen müssen, um diese Kirchturnspolitik der einzelnen Gemeinden über den Kopf zu schaffen.

Die Charlottenburger Einwohnerwehr.

Die Charlottenburger Stadtverordneten hatten sich vor kurzem mit einem Antrage beschäftigt, die Kosten für die Einwohnerwehr auf die Stadt zu übernehmen. Die Angelegenheit wurde einem Ausschusse überwiesen, der sich dahin übereingelassen ist, die Zahl der Wachmannschaften der Charlottenburger Einwohnerwehr auf 100 festzusetzen. Die entstehenden Kosten belaufen sich auf 500 000 Mark. Der Ausschuss hat weiter eine Erklärung angenommen, in der er dem Institut der Einwohnerwehren seine Symbolik ausdrückt. Für besondere Aufwendungen in diesem Jahre wurden 14 000 Mark bewilligt. Die endgültige Beschlußfassung in dieser Angelegenheit wird in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen erfolgen.

Wilmerdorf. Stadtverordnetenversammlung. Der Antrag der bürgerlichen Rechte, betreffend Aufhebung des Handelsverkehrs von Lebensmitteln im Lebensmittelamt an Kranke wurde mit 21 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Zwei Vorlagen für die Beweise der Kriegshinterbliebenenfürsorge, sowie der Kriegswahlhelferplage in Höhe von 250 000 Mark fanden ihre Zustimmung.

Die Schaffung einer Frauenschule, die nicht sozialistisch sein darf, wurde von den bürgerlichen und Demokraten gegen unsere Stimmen angenommen.

Die Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Notstandsbeihilfe konnte aus formalen Gründen keine Zustimmung finden, aber ein sozialdemokratischer Antrag, 75 000 Mark für bedürftige Einwohner noch vor Weihnachten zur Verteilung zu bringen, fand Zustimmung gegen die Stimmen der arbeitereunlichen bürgerlichen Vereinigung. Die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die unbesoldeten Stadträte sowie Schenkungsgelder an die Stadtverordneten und Bürgerdeputierten fand wiederum im reaktionären Epizentrum der wehrlichen Vororte keine Ablehnung.

Die Neugestaltung der Befolgsordnung für die städtischen Beamten und Arbeiter fand in der Registrarsvorlage ihre einstimmige Annahme.

Alt-Hilfede. Gemeindevertretung. Nachdem die Dringlichkeitsanträge betr. Aufhebung des Arbeiterrats und Schaffung einer Säuglingspflege- und Beratungsgesellschaft für werdende Mütter angenommen wurden, kam die Verurteilung und Amtsniederlegung des Gemeindeverwalters zur Verhandlung. Genosse Kaufmann schilderte in längerer Ausführungen die Unmöglichkeit, mit dem Gemeindevorsteher weiter zusammenzuarbeiten. Antragsgemäß wurde Peters (U. S. P.) mit der Vertretung bis zur Entlassung des Gemeindevorstehers beauftragt. Einstimmig wurde beschlossen, aus dem Amtsbereich auszuschließen. Für die Gemeindebeamten und Angestellten soll eine 2. Rate für Wirtschaftshilfe zur Auszahlung kommen, nachdem Genosse Dürre dies der Gemeindevertretung dringend empfahl. Für die Ortsarmen wurde der Betrag von 1000 Mark, sowie Naturalien als Weihnachtsunterstützung bewilligt. Gegen die Vermeerung der Mittel für den Arbeiterrat sprach sich der bürgerliche Wähler aus. Genosse Kaufmann will die Angelegenheit dem Gemeindevorstand zur Prüfung überwiesen haben. Nunmehr zog Jüdel (U. S. P.) in fast dreiviertelstündiger Rede los. Auch der politische Rülkassen wurde von ihm in reichlichem Maße aufgekrämt, er will die Beibehaltung des A. P. unter allen Umständen. Nachdem Genosse Kaufmann den Ausführungen Jüdel entgegengetreten war, wurde die Angelegenheit dem Gemeindevorstand überwiesen. — Der Antrag auf Schaffung einer Säuglingspflege wurde nach dem Referat der Genossin Pangeram dem Gemeindevorstand als Material überwiesen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Preise. In der Woche vom 15. bis 21. Dezember werden bestellt: 125 Gramm Graupenmehl, 200 Gramm Weizenmehl, 200 Gramm Weizen, 275 Gramm Zucker, 250 Gramm Kartoffelmehl, 150 Gramm Ruchweizen, 250 Gramm Weizenmehl, ferner auf jeden Haushalt eine Flasche Wein und ein Pfd. Weizenbrot.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

15. Abt. Mittwoch, den 17. Dez. abends 7 Uhr. Sitzung der Bezirksleiter und politischen Vertrauensleute bei O. Bang, Salmerdeckerstraße 34. Tagesordnung: widda.

Schwarzpfort. Heute abend 7 Uhr gemeinsame Kundgebung mit den Funktionären von Genußwald im Genußwald-Kasino, Genußwald-Strasse 78.

Reitow. Am Mittwoch, den 17. d. Mis. abends 7 1/2 Uhr. Generalversammlung des Wahlvereins beim Genossen Wamall.

Vorstadt. Mittwochabend 8 Uhr in allen Parteizentralen Parteitag. Wichtiges Erklärungs erforderlich, da Vorbesprechung über die Vorstandswahl u. a. stattfindet.

Gewerkschaftsbewegung

Streik bei Wertheim.

Am heutigen Montag morgen sind 1200 Arbeiter und Angestellte — die Handwerker, Feiger und technischen Angestellten — der Firma A. Wertheim in den Streik getreten. Vor zwei Wochen hatten diese Angestellten die Forderung erhoben, ihnen eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 800 M. zu gewähren. Die Firma lehnte das Verlangen ab und stellte sich dabei auf den Boden des vor einiger Zeit abgeschlossenen Tarifs, nach dem die einzelnen Angestellten nicht selbständig an den Arbeitgeber mit Forderungen herantreten dürfen, sondern diese durch die Organisationen geltend machen müssen. Nach den getroffenen Vereinbarungen haben lediglich die Arbeitnehmerverbände mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Eine Wirtschaftsbeihilfe ist in dem abgeschlossenen Tarif nicht vorgesehen. Am gestrigen Sonntag hatten nun die Feiger, Handwerker und technischen Angestellten der Firma A. Wertheim im Lustgarten eine Versammlung abgehalten und dort beschlossen, heute in den Ausstand zu treten. Sie sind der Ansicht, daß die Firma, die nach der entschiedenen Umfassung im vorigen Monat einen Umsatz von 50 Millionen Mark gehabt habe, sehr wohl in der Lage sei, 800 000 M. für eine Wirtschaftsbeihilfe auszuwerfen und daß diese Forderung bei dem gegenwärtigen guten Weihnachtsgeschäft nicht abgelehnt werden könnte. Die Firma ist nach wie vor der Ansicht, daß sie nach dem abgeschlossenen Tarifabkommen gar nicht berechtigt ist, mit den einzelnen Angestelltengruppen gesondert zu verhandeln.

Lohnbewegung der Telegraphenarbeiter.

Die Lohnkommission des Zentralverbandes deutscher Post- und Telegraphenbediensteten (ZV Berlin) und des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker (ZV Bochum) haben sich für die bevorstehenden Verhandlungen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um auf einheitlicher Basis ihre Forderungen vertreten zu können. In den Verhandlungen kam die angestrebte Vermeidung der Preissteigerungen gestiegene wirtschaftliche Not der Telegraphenarbeiter eingehend zur Sprache. Der Durchschnittslohn des Telegraphenarbeiters beträgt 12,80 M. einschließlich Zulage. Die Begründung der Forderung bezieht sich auf keine weiteren Kommentare der Öffentlichkeit gegenüber. Die der Staatsarbeiterschaft zuerkannte Wirtschaftsbeihilfe genügt nicht einmal, ausreichende Schulden zu begleichen, geschweige denn Kosten für notwendige Beschaffung von Kleidung und Bedarfsgegenständen zu decken. Die Telegraphenarbeiter sind entschlossen, bei weiterem ablehnenden Verhalten der Reichspostverwaltung und der nachgehenden Stellen in der Regierung zum letzten Mittel, dem Streik, zu greifen, für dessen Vermeidung sie von der Öffentlichkeit großes Verständnis erwarten.

Achtung, Hausangestellte!

Arbeiter, Mütter und Töchter! Arbeiterkassen, wenn Ihr eure Töchter in Stellung setzt, sorgt dafür, daß sie der Organisation beitreten. Genau wie die Väter und Brüder, müssen auch

Mütter sie arbeiten gehen, und müssen eure Töchter einer Gewerkschaft angehören!

Die bürgerliche Presse faßt Tag für Tag Artikel von Seiten der Hausfrauen, die zum Zusammenschluß in eine Arbeiterorganisation zusammengerufen werden. Aber die Organisation hat unsere eingetragenen Tarife abgelehnt. Sie fühlen sich durch uns an die Wand gedrückt, unsere beschiedenen Lohnforderungen sind ihnen unannehmbar hoch! Man fordert die Hausfrauen auf, bei Gewerkschaften auch gleich das Spülen des Geschirrs gegenständig zu machen, um Hauspersonal zu sparen!

Es bedarf ja gar keiner Erwiderung, man braucht die Hausangestellten doch immer, denn so etwas macht man einmal aus Laune, aber wenn man es öfter tun sollte, verliert man die Lust!

An unsere Kolleginnen richten wir die Mahnung, mehr als bisher zu weichen unter ihren Verurteilungen. An die Arbeiterkassen richten wir immer wieder den Ruf: Wenn eure Töchter in Stellung gehen wollen, schickt sie zuerst zur Aufnahme in die Organisation! An unsere Frauen richten wir die Mahnung: Seid Ihr als Redirfrauen, Wäscher, oder Reinmachefrauen, Aufwärtserinnen usw. tätig, dann säumt nicht, sondern kommt zu uns, denn nur dadurch könnt Ihr eure Lage verbessern.

Das Bureau befindet sich Berlin S.O. 18, Engelkestr. 10, ptr., Telefon: Reichplatz 11 871.

Über tausend Mitglieder des Bezirksvereins Berlin des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbediensteten nahmen am Sonntag in den Kammern die Sitzung zur wirtschaftlichen Lage der mittleren Postbeamten und zur kommenden Besoldungsreform. Einmütig kam zum Ausdruck, daß der Bevölkerung viel zu wenig bekannt sei, welche Hungerlöhne im Vergleich zu den Einkommen der freien Berufe den Postbeamten heute noch gezahlt werden. Durchschnittliche Gehälter von 400 bis 500 M. für Assistenten, Sekretäre und Obersekretäre und von 280 M. für nichtangestellte, aber bis zu 8 Jahren bei der Post beschäftigte jüngere Beamte seien Einkommen, die heute schuldenlastigen jungen Leuten im freien Beruf gezahlt werden. Es sei unverständlich, daß die Postverwaltung besonders die Nichtangestellten jährlang als vollwertige Kraft auszunutzen, ihnen aber eine so geringe Entschädigung für ihre Arbeitsleistung gebe.

Von der kommenden Neuordnung der Beamtengehälter erwarten die Versammelten die Befestigung der Kinderzulagen als eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung gegenüber den freien Berufen. Dagegen verlangen sie unbedingte Gleichstellung der ledigen mit den verheirateten Beamten nach Maßgabe der zu leistenden Arbeit. Die durch die mangelnde Fürsorge während des Krieges hervorgerufenen trübsamen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Beamtenfamilie erfordert sofortige wirksame Maßnahmen damit die Verelendung nicht weiter Platz greife und Arbeitslust und Pflichttreue untergraben werden. In ihrer Not verzichten die mittleren Postbeamten unter keinen Umständen auf das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel, den Streik, wenn sie vor die Frage gestellt werden, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Die angenommenen Entschädigungen waren in vorliegendem Sinne gelagt und der Vorstand wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte sofort zu unternehmen, den berechtigten Forderungen Gehör zu verschaffen.

Aus aller Welt.

Menschenleben sind billig.

Aus Raab erlief gestern der Arbeiter Karl Schreiber den Bauerngutbesitzer Bruno Müller in Raab in der Post. Der Verwalter des Gutes, der dem Täter die Waffe entreißen wollte, wurde gleichfalls schwer verletzt. Als die aufgeborenen Bürgerwehr Schreiber festnehmen wollte, erschloß er sich mit seiner Waffe auf dem Friedhof.

Warnung vor der Auswanderung nach Brasilien. Der Pfarrer der Deutschen evangelischen Gemeinde in Rosario schreibt, wie das Deutsche Auswanderungsinstitut in Stuttgart meldet, unter dem 8. Oktober an den V. Hauptverein für deutsche Auswanderer und Auswanderer: „Seit 1914 haben sich die Verhältnisse wesentlich verschlechtert. Die zunehmende Teuerung erschwert der arbeitenden Klasse das Leben und macht dem Einwanderer den Anfang zum Unmöglichkeit. Vor 1914 war es mir ein Leichtes, arbeitsame Deutsche unterzubringen. Jetzt suchen Anstalten, die die Landespreise beherrschen und das Land kennen, vergeblich Arbeit. Jetzt kostet die Fahrt im Auswanderer kaum weniger als 2000 M., ein Kolonialreisende von 1000 M. schrumpft bei der Umrechnung auf 100 Papiermark zusammen. Ein Anzug kostet 1400 M., ein Paar Stiefel 180 M., ein A's Rindfleisch 8 M. (Zeitdem ist die Währung noch viel schlechter geworden.) Wer trotzdem kommen will, der lerne wenigstens vorher schon spanisch und ein Handwerk. Ein tüchtiger Handwerker kommt noch am ehesten durch. Gewünscht werden meines Wissens nur weibliche Dienstmädchen. Landwirtschaftliche Arbeiter finden Brot in der Getreideerde vom 15. November bis 31. Januar und dann wieder in der Maisernte vom 1. April bis 31. Juni etwa. Aber das ist harte Arbeit, an die einer gewöhnt sein muß. Die Lage kann für den deutschen Einwanderer erst besser werden, wenn die deutsche Währung sich bessert und hier das Leben wieder billiger wird, oder auch, wenn dem Einwanderer durch eine besondere Gesetzgebung billiger Lohn zugewiesen wird. Bisher ist für den Einwanderer gar nicht genug.“ — Alle Vereinnamten Auswanderer müssen sich auf das Deutsche Auswanderungsinstitut Stuttgart beziehen. Um Reis- und Geldverluste zu vermeiden, ersuchen es zweckmäßig, daß sich die Reisefähigkeit schon vor Eintritt ihrer Reise über die Erlangung der für sie nötigen Durchreise- und Einreisefähigkeit durch die deutschen Konsulate verschaffen; nötigenfalls durch Vermittlung des deutschen Konsulats an dem Orte der in Betracht kommenden fremden Vertreter.

Deutsche Geschäftsfreisende in England. Viele City-Kaufleute weigern sich für allemal, deutsche oder österreichische Vertreter anzunehmen und hängen vor ihre Türen ein Schild mit der Aufschrift: „Warnung! — Zutritt für Deutsche und Österreicher verboten.“

Rückkehr aus Afrika. Freitag abend sollten 1182 Wälder-Gelehrter in Randburg einreisen und zunächst nach Lager Scheldt weitergeleitet werden.

Verantw. für den reaktionären Teil: Erwin Alder, Charlottenburg; für Anwaltschaft, E. G. G. Berlin; für die Redaktion: E. G. G. Berlin; Druck: Verlags- und Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Einar u. Co. Berlin, Lindenstr. 2.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neutölln (S.P.D.)

Dienstag, 16. Dez., abds. 7 Uhr, Hohenhausen-Säle, Kottbusser Damm 76:

Mitglieder-Versammlung.

Tagungsordnung: 1. Das Urteil im Marloh-Prozess und die Militärjustiz. 2. Die Stellung der Gewerkschaften. 3. Die Stellung der Gewerkschaften. 4. Die Stellung der Gewerkschaften. 5. Die Stellung der Gewerkschaften. 6. Die Stellung der Gewerkschaften. 7. Die Stellung der Gewerkschaften. 8. Die Stellung der Gewerkschaften. 9. Die Stellung der Gewerkschaften. 10. Die Stellung der Gewerkschaften. 11. Die Stellung der Gewerkschaften. 12. Die Stellung der Gewerkschaften. 13. Die Stellung der Gewerkschaften. 14. Die Stellung der Gewerkschaften. 15. Die Stellung der Gewerkschaften. 16. Die Stellung der Gewerkschaften. 17. Die Stellung der Gewerkschaften. 18. Die Stellung der Gewerkschaften. 19. Die Stellung der Gewerkschaften. 20. Die Stellung der Gewerkschaften. 21. Die Stellung der Gewerkschaften. 22. Die Stellung der Gewerkschaften. 23. Die Stellung der Gewerkschaften. 24. Die Stellung der Gewerkschaften. 25. Die Stellung der Gewerkschaften. 26. Die Stellung der Gewerkschaften. 27. Die Stellung der Gewerkschaften. 28. Die Stellung der Gewerkschaften. 29. Die Stellung der Gewerkschaften. 30. Die Stellung der Gewerkschaften. 31. Die Stellung der Gewerkschaften. 32. Die Stellung der Gewerkschaften. 33. Die Stellung der Gewerkschaften. 34. Die Stellung der Gewerkschaften. 35. Die Stellung der Gewerkschaften. 36. Die Stellung der Gewerkschaften. 37. Die Stellung der Gewerkschaften. 38. Die Stellung der Gewerkschaften. 39. Die Stellung der Gewerkschaften. 40. Die Stellung der Gewerkschaften. 41. Die Stellung der Gewerkschaften. 42. Die Stellung der Gewerkschaften. 43. Die Stellung der Gewerkschaften. 44. Die Stellung der Gewerkschaften. 45. Die Stellung der Gewerkschaften. 46. Die Stellung der Gewerkschaften. 47. Die Stellung der Gewerkschaften. 48. Die Stellung der Gewerkschaften. 49. Die Stellung der Gewerkschaften. 50. Die Stellung der Gewerkschaften. 51. Die Stellung der Gewerkschaften. 52. Die Stellung der Gewerkschaften. 53. Die Stellung der Gewerkschaften. 54. Die Stellung der Gewerkschaften. 55. Die Stellung der Gewerkschaften. 56. Die Stellung der Gewerkschaften. 57. Die Stellung der Gewerkschaften. 58. Die Stellung der Gewerkschaften. 59. Die Stellung der Gewerkschaften. 60. Die Stellung der Gewerkschaften. 61. Die Stellung der Gewerkschaften. 62. Die Stellung der Gewerkschaften. 63. Die Stellung der Gewerkschaften. 64. Die Stellung der Gewerkschaften. 65. Die Stellung der Gewerkschaften. 66. Die Stellung der Gewerkschaften. 67. Die Stellung der Gewerkschaften. 68. Die Stellung der Gewerkschaften. 69. Die Stellung der Gewerkschaften. 70. Die Stellung der Gewerkschaften. 71. Die Stellung der Gewerkschaften. 72. Die Stellung der Gewerkschaften. 73. Die Stellung der Gewerkschaften. 74. Die Stellung der Gewerkschaften. 75. Die Stellung der Gewerkschaften. 76. Die Stellung der Gewerkschaften. 77. Die Stellung der Gewerkschaften. 78. Die Stellung der Gewerkschaften. 79. Die Stellung der Gewerkschaften. 80. Die Stellung der Gewerkschaften. 81. Die Stellung der Gewerkschaften. 82. Die Stellung der Gewerkschaften. 83. Die Stellung der Gewerkschaften. 84. Die Stellung der Gewerkschaften. 85. Die Stellung der Gewerkschaften. 86. Die Stellung der Gewerkschaften. 87. Die Stellung der Gewerkschaften. 88. Die Stellung der Gewerkschaften. 89. Die Stellung der Gewerkschaften. 90. Die Stellung der Gewerkschaften. 91. Die Stellung der Gewerkschaften. 92. Die Stellung der Gewerkschaften. 93. Die Stellung der Gewerkschaften. 94. Die Stellung der Gewerkschaften. 95. Die Stellung der Gewerkschaften. 96. Die Stellung der Gewerkschaften. 97. Die Stellung der Gewerkschaften. 98. Die Stellung der Gewerkschaften. 99. Die Stellung der Gewerkschaften. 100. Die Stellung der Gewerkschaften. 101. Die Stellung der Gewerkschaften. 102. Die Stellung der Gewerkschaften. 103. Die Stellung der Gewerkschaften. 104. Die Stellung der Gewerkschaften. 105. Die Stellung der Gewerkschaften. 106. Die Stellung der Gewerkschaften. 107. Die Stellung der Gewerkschaften. 108. Die Stellung der Gewerkschaften. 109. Die Stellung der Gewerkschaften. 110. Die Stellung der Gewerkschaften. 111. Die Stellung der Gewerkschaften. 112. Die Stellung der Gewerkschaften. 113. Die Stellung der Gewerkschaften. 114. Die Stellung der Gewerkschaften. 115. Die Stellung der Gewerkschaften. 116. Die Stellung der Gewerkschaften. 117. Die Stellung der Gewerkschaften. 118. Die Stellung der Gewerkschaften. 119. Die Stellung der Gewerkschaften. 120. Die Stellung der Gewerkschaften. 121. Die Stellung der Gewerkschaften. 122. Die Stellung der Gewerkschaften. 123. Die Stellung der Gewerkschaften. 124. Die Stellung der Gewerkschaften. 125. Die Stellung der Gewerkschaften. 126. Die Stellung der Gewerkschaften. 127. Die Stellung der Gewerkschaften. 128. Die Stellung der Gewerkschaften. 129. Die Stellung der Gewerkschaften. 130. Die Stellung der Gewerkschaften. 131. Die Stellung der Gewerkschaften. 132. Die Stellung der Gewerkschaften. 133. Die Stellung der Gewerkschaften. 134. Die Stellung der Gewerkschaften. 135. Die Stellung der Gewerkschaften. 136. Die Stellung der Gewerkschaften. 137. Die Stellung der Gewerkschaften. 138. Die Stellung der Gewerkschaften. 139. Die Stellung der Gewerkschaften. 140. Die Stellung der Gewerkschaften. 141. Die Stellung der Gewerkschaften. 142. Die Stellung der Gewerkschaften. 143. Die Stellung der Gewerkschaften. 144. Die Stellung der Gewerkschaften. 145. Die Stellung der Gewerkschaften. 146. Die Stellung der Gewerkschaften. 147. Die Stellung der Gewerkschaften. 148. Die Stellung der Gewerkschaften. 149. Die Stellung der Gewerkschaften. 150. Die Stellung der Gewerkschaften. 151. Die Stellung der Gewerkschaften. 152. Die Stellung der Gewerkschaften. 153. Die Stellung der Gewerkschaften. 154. Die Stellung der Gewerkschaften. 155. Die Stellung der Gewerkschaften. 156. Die Stellung der Gewerkschaften. 157. Die Stellung der Gewerkschaften. 158. Die Stellung der Gewerkschaften. 159. Die Stellung der Gewerkschaften. 160. Die Stellung der Gewerkschaften. 161. Die Stellung der Gewerkschaften. 162. Die Stellung der Gewerkschaften. 163. Die Stellung der Gewerkschaften. 164. Die Stellung der Gewerkschaften. 165. Die Stellung der Gewerkschaften. 166. Die Stellung der Gewerkschaften. 167. Die Stellung der Gewerkschaften. 168. Die Stellung der Gewerkschaften. 169. Die Stellung der Gewerkschaften. 170. Die Stellung der Gewerkschaften. 171. Die Stellung der Gewerkschaften. 172. Die Stellung der Gewerkschaften. 173. Die Stellung der Gewerkschaften. 174. Die Stellung der Gewerkschaften. 175. Die Stellung der Gewerkschaften. 176. Die Stellung der Gewerkschaften. 177. Die Stellung der Gewerkschaften. 178. Die Stellung der Gewerkschaften. 179. Die Stellung der Gewerkschaften. 180. Die Stellung der Gewerkschaften. 181. Die Stellung der Gewerkschaften. 182. Die Stellung der Gewerkschaften. 183. Die Stellung der Gewerkschaften. 184. Die Stellung der Gewerkschaften. 185. Die Stellung der Gewerkschaften. 186. Die Stellung der Gewerkschaften. 187. Die Stellung der Gewerkschaften. 188. Die Stellung der Gewerkschaften. 189. Die Stellung der Gewerkschaften. 190. Die Stellung der Gewerkschaften. 191. Die Stellung der Gewerkschaften. 192. Die Stellung der Gewerkschaften. 193. Die Stellung der Gewerkschaften. 194. Die Stellung der Gewerkschaften. 195. Die Stellung der Gewerkschaften. 196. Die Stellung der Gewerkschaften. 197. Die Stellung der Gewerkschaften. 198. Die Stellung der Gewerkschaften. 199. Die Stellung der Gewerkschaften. 200. Die Stellung der Gewerkschaften. 201. Die Stellung der Gewerkschaften. 202. Die Stellung der Gewerkschaften. 203. Die Stellung der Gewerkschaften. 204. Die Stellung der Gewerkschaften. 205. Die Stellung der Gewerkschaften. 206. Die Stellung der Gewerkschaften. 207. Die Stellung der Gewerkschaften. 208. Die Stellung der Gewerkschaften. 209. Die Stellung der Gewerkschaften. 210. Die Stellung der Gewerkschaften. 211. Die Stellung der Gewerkschaften. 212. Die Stellung der Gewerkschaften. 213. Die Stellung der Gewerkschaften. 214. Die Stellung der Gewerkschaften. 215. Die Stellung der Gewerkschaften. 216. Die Stellung der Gewerkschaften. 217. Die Stellung der Gewerkschaften. 218. Die Stellung der Gewerkschaften. 219. Die Stellung der Gewerkschaften. 220. Die Stellung der Gewerkschaften. 221. Die Stellung der Gewerkschaften. 222. Die Stellung der Gewerkschaften. 223. Die Stellung der Gewerkschaften. 224. Die Stellung der Gewerkschaften. 225. Die Stellung der Gewerkschaften. 226. Die Stellung der Gewerkschaften. 227. Die Stellung der Gewerkschaften. 228. Die Stellung der Gewerkschaften. 229. Die Stellung der Gewerkschaften. 230. Die Stellung der Gewerkschaften. 231. Die Stellung der Gewerkschaften. 232. Die Stellung der Gewerkschaften. 233. Die Stellung der Gewerkschaften. 234. Die Stellung der Gewerkschaften. 235. Die Stellung der Gewerkschaften. 236. Die Stellung der Gewerkschaften. 237. Die Stellung der Gewerkschaften. 238. Die Stellung der Gewerkschaften. 239. Die Stellung der Gewerkschaften. 240. Die Stellung der Gewerkschaften. 241. Die Stellung der Gewerkschaften. 242. Die Stellung der Gewerkschaften. 243. Die Stellung der Gewerkschaften. 244. Die Stellung der Gewerkschaften. 245. Die Stellung der Gewerkschaften. 246. Die Stellung der Gewerkschaften. 247. Die Stellung der Gewerkschaften. 248. Die Stellung der Gewerkschaften. 249. Die Stellung der Gewerkschaften. 250. Die Stellung der Gewerkschaften. 251. Die Stellung der Gewerkschaften. 252. Die Stellung der Gewerkschaften. 253. Die Stellung der Gewerkschaften. 254. Die Stellung der Gewerkschaften. 255. Die Stellung der Gewerkschaften. 256. Die Stellung der Gewerkschaften. 257. Die Stellung der Gewerkschaften. 258. Die Stellung der Gewerkschaften. 259. Die Stellung der Gewerkschaften. 260. Die Stellung der Gewerkschaften. 261. Die Stellung der Gewerkschaften. 262. Die Stellung der Gewerkschaften. 263. Die Stellung der Gewerkschaften. 264. Die Stellung der Gewerkschaften. 265. Die Stellung der Gewerkschaften. 266. Die Stellung der Gewerkschaften. 267. Die Stellung der Gewerkschaften. 268. Die Stellung der Gewerkschaften. 269. Die Stellung der Gewerkschaften. 270. Die Stellung der Gewerkschaften. 271. Die Stellung der Gewerkschaften. 272. Die Stellung der Gewerkschaften. 273. Die Stellung der Gewerkschaften. 274. Die Stellung der Gewerkschaften. 275. Die Stellung der Gewerkschaften. 276. Die Stellung der Gewerkschaften. 277. Die Stellung der Gewerkschaften. 278. Die Stellung der Gewerkschaften. 279. Die Stellung der Gewerkschaften. 280. Die Stellung der Gewerkschaften. 281. Die Stellung der Gewerkschaften. 282. Die Stellung der Gewerkschaften. 283. Die Stellung der Gewerkschaften. 284. Die Stellung der Gewerkschaften. 285. Die Stellung der Gewerkschaften. 286. Die Stellung der Gewerkschaften. 287. Die Stellung der Gewerkschaften. 288. Die Stellung der Gewerkschaften. 289. Die Stellung der Gewerkschaften. 290. Die Stellung der Gewerkschaften. 291. Die Stellung der Gewerkschaften. 292. Die Stellung der Gewerkschaften. 293. Die Stellung der Gewerkschaften. 294. Die Stellung der Gewerkschaften. 295. Die Stellung der Gewerkschaften. 296. Die Stellung der Gewerkschaften. 297. Die Stellung der Gewerkschaften. 298. Die Stellung der Gewerkschaften. 299. Die Stellung der Gewerkschaften. 300. Die Stellung der Gewerkschaften. 301. Die Stellung der Gewerkschaften. 302. Die Stellung der Gewerkschaften. 303. Die Stellung der Gewerkschaften. 304. Die Stellung der Gewerkschaften. 305. Die Stellung der Gewerkschaften. 306. Die Stellung der Gewerkschaften. 307. Die Stellung der Gewerkschaften. 308. Die Stellung der Gewerkschaften. 309. Die Stellung der Gewerkschaften. 310. Die Stellung der Gewerkschaften. 311. Die Stellung der Gewerkschaften. 312. Die Stellung der Gewerkschaften. 313. Die Stellung der Gewerkschaften. 314. Die Stellung der Gewerkschaften. 315. Die Stellung der Gewerkschaften. 316. Die Stellung der Gewerkschaften. 317. Die Stellung der Gewerkschaften. 318. Die Stellung der Gewerkschaften. 319. Die Stellung der Gewerkschaften. 320. Die Stellung der Gewerkschaften. 321. Die Stellung der Gewerkschaften. 322. Die Stellung der Gewerkschaften. 323. Die Stellung der Gewerkschaften. 324. Die Stellung der Gewerkschaften. 325. Die Stellung der Gewerkschaften. 326. Die Stellung der Gewerkschaften. 327. Die Stellung der Gewerkschaften. 328. Die Stellung der Gewerkschaften. 329. Die Stellung der Gewerkschaften. 330. Die Stellung der Gewerkschaften. 331. Die Stellung der Gewerkschaften. 332. Die Stellung der Gewerkschaften. 333. Die Stellung der Gewerkschaften. 334. Die Stellung der Gewerkschaften. 335. Die Stellung der Gewerkschaften. 336. Die Stellung der Gewerkschaften. 337. Die Stellung der Gewerkschaften. 338. Die Stellung der Gewerkschaften. 339. Die Stellung der Gewerkschaften. 340. Die Stellung der Gewerkschaften. 341. Die Stellung der Gewerkschaften. 342. Die Stellung der Gewerkschaften. 343. Die Stellung der Gewerkschaften. 344. Die Stellung der Gewerkschaften. 345. Die Stellung der Gewerkschaften. 346. Die Stellung der Gewerkschaften. 347. Die Stellung der Gewerkschaften. 348. Die Stellung der Gewerkschaften. 349. Die Stellung der Gewerkschaften. 350. Die Stellung der Gewerkschaften. 351. Die Stellung der Gewerkschaften. 352. Die Stellung der Gewerkschaften. 353. Die Stellung der Gewerkschaften. 354. Die Stellung der Gewerkschaften. 355. Die Stellung der Gewerkschaften. 356. Die Stellung der Gewerkschaften. 357. Die Stellung der Gewerkschaften. 358. Die Stellung der Gewerkschaften. 359. Die Stellung der Gewerkschaften. 360. Die Stellung der Gewerkschaften. 361. Die Stellung der Gewerkschaften. 362. Die Stellung der Gewerkschaften. 363. Die Stellung der Gewerkschaften. 364. Die Stellung der Gewerkschaften. 365. Die Stellung der Gewerkschaften. 366. Die Stellung der Gewerkschaften. 367. Die Stellung der Gewerkschaften. 368. Die Stellung der Gewerkschaften. 369. Die Stellung der Gewerkschaften. 370. Die Stellung der Gewerkschaften. 371. Die Stellung der Gewerkschaften. 372. Die Stellung der Gewerkschaften. 373. Die Stellung der Gewerkschaften. 374. Die Stellung der Gewerkschaften. 375. Die Stellung der Gewerkschaften. 376. Die Stellung der Gewerkschaften. 377. Die Stellung der Gewerkschaften. 378. Die Stellung der Gewerkschaften. 379. Die Stellung der Gewerkschaften. 380. Die Stellung der Gewerkschaften. 381. Die Stellung der Gewerkschaften. 382. Die Stellung der Gewerkschaften. 383. Die Stellung der Gewerkschaften. 384. Die Stellung der Gewerkschaften. 385. Die Stellung der Gewerkschaften. 386. Die Stellung der Gewerkschaften. 387. Die Stellung der Gewerkschaften. 388. Die Stellung der Gewerkschaften. 389. Die Stellung der Gewerkschaften. 390. Die Stellung der Gewerkschaften. 391. Die Stellung der Gewerkschaften. 392. Die Stellung der Gewerkschaften. 393. Die Stellung der Gewerkschaften. 394. Die Stellung der Gewerkschaften. 395. Die Stellung der Gewerkschaften. 396. Die Stellung der Gewerkschaften. 397. Die Stellung der Gewerkschaften. 398. Die Stellung der Gewerkschaften. 399. Die Stellung der Gewerkschaften. 400. Die Stellung der Gewerkschaften. 401. Die Stellung der Gewerkschaften. 402. Die Stellung der Gewerkschaften. 403. Die Stellung der Gewerkschaften. 404. Die Stellung der Gewerkschaften. 405. Die Stellung der Gewerkschaften. 406. Die Stellung der Gewerkschaften. 407. Die Stellung der Gewerkschaften. 408. Die Stellung der Gewerkschaften. 409. Die Stellung der Gewerkschaften. 410. Die Stellung der Gewerkschaften. 411. Die Stellung der Gewerkschaften. 412. Die Stellung der Gewerkschaften. 413. Die Stellung der Gewerkschaften. 414. Die Stellung der Gewerkschaften. 415. Die Stellung der Gewerkschaften. 416. Die Stellung der Gewerkschaften. 417. Die Stellung der Gewerkschaften. 418. Die Stellung der Gewerkschaften. 419. Die Stellung der Gewerkschaften. 420. Die Stellung der Gewerkschaften. 421. Die Stellung der Gewerkschaften. 422. Die Stellung der Gewerkschaften. 423. Die Stellung der Gewerkschaften. 424. Die Stellung der Gewerkschaften. 425. Die Stellung der Gewerkschaften. 426. Die Stellung der Gewerkschaften. 427. Die Stellung der Gewerkschaften. 428. Die Stellung der Gewerkschaften. 429. Die Stellung der Gewerkschaften. 430. Die Stellung der Gewerkschaften. 431. Die Stellung der Gewerkschaften. 432. Die Stellung der Gewerkschaften. 433. Die Stellung der Gewerkschaften. 434. Die Stellung der Gewerkschaften. 435. Die Stellung der Gewerkschaften. 436. Die Stellung der Gewerkschaften. 437. Die Stellung der Gewerkschaften. 438. Die Stellung der Gewerkschaften. 439. Die Stellung der Gewerkschaften. 440. Die Stellung der Gewerkschaften. 441. Die Stellung der Gewerkschaften. 442. Die Stellung der Gewerkschaften. 443. Die Stellung der Gewerkschaften. 444. Die Stellung der Gewerkschaften. 445. Die Stellung der Gewerkschaften. 446. Die Stellung der Gewerkschaften. 447. Die Stellung der Gewerkschaften. 448. Die Stellung der Gewerkschaften. 449. Die Stellung der Gewerkschaften. 450. Die Stellung der Gewerkschaften. 451. Die Stellung der Gewerkschaften. 452. Die Stellung der Gewerkschaften. 453. Die Stellung der Gewerkschaften. 454. Die Stellung der Gewerkschaften. 455. Die Stellung der Gewerkschaften. 456. Die Stellung der Gewerkschaften. 457. Die Stellung der Gewerkschaften. 458. Die Stellung der Gewerkschaften. 459. Die Stellung der Gewerkschaften. 460. Die Stellung der Gewerkschaften. 461. Die Stellung der Gewerkschaften. 462. Die Stellung der Gewerkschaften. 463. Die Stellung der Gewerkschaften. 464. Die Stellung der Gewerkschaften. 465. Die Stellung der Gewerkschaften. 466. Die Stellung der Gewerkschaften. 467. Die Stellung der Gewerkschaften. 468. Die Stellung der Gewerkschaften. 469. Die Stellung der Gewerkschaften. 470. Die Stellung der Gewerkschaften. 471. Die Stellung der Gewerkschaften. 472. Die Stellung der Gewerkschaften. 473. Die Stellung der Gewerkschaften. 474. Die Stellung der Gewerkschaften. 475. Die Stellung der Gewerkschaften. 476. Die Stellung der Gewerkschaften. 477. Die Stellung der Gewerkschaften. 478. Die Stellung der Gewerkschaften. 479. Die Stellung der Gewerkschaften. 480. Die Stellung der Gewerkschaften. 481. Die Stellung der Gewerkschaften. 482. Die Stellung der Gewerkschaften. 483. Die Stellung der Gewerkschaften. 484. Die Stellung der Gewerkschaften. 485. Die Stellung der Gewerkschaften. 486. Die Stellung der Gewerkschaften. 487. Die Stellung der Gewerkschaften. 488. Die Stellung der Gewerkschaften. 489. Die Stellung der Gewerkschaften. 490. Die Stellung der Gewerkschaften. 491. Die Stellung der Gewerkschaften. 492. Die Stellung der Gewerkschaften. 493. Die Stellung der Gewerkschaften. 494. Die Stellung der Gewerkschaften. 495. Die Stellung der Gewerkschaften. 496. Die Stellung der Gewerkschaften. 497. Die Stellung der Gewerkschaften. 498. Die Stellung der Gewerkschaften. 499. Die Stellung der Gewerkschaften. 500. Die Stellung der Gewerkschaften. 501. Die Stellung der Gewerkschaften. 502. Die Stellung der Gewerkschaften. 503. Die Stellung der Gewerkschaften. 504. Die Stellung der Gewerkschaften. 505. Die Stellung der Gewerkschaften. 506. Die Stellung der Gewerkschaften. 507. Die Stellung der Gewerkschaften. 508. Die Stellung der Gewerkschaften. 509. Die Stellung der Gewerkschaften. 510. Die Stellung der Gewerkschaften. 511. Die Stellung der Gewerkschaften. 512. Die Stellung der Gewerkschaften. 513. Die Stellung der Gewerkschaften. 514. Die Stellung der Gewerkschaften. 515. Die Stellung der Gewerkschaften. 516. Die Stellung der Gewerkschaften. 517. Die Stellung der Gewerkschaften. 518. Die Stellung der Gewerkschaften. 519. Die Stellung der Gewerkschaften. 520. Die Stellung der Gewerkschaften. 521. Die Stellung der Gewerkschaften. 522. Die Stellung der Gewerkschaften. 523. Die Stellung der Gewerkschaften. 524. Die Stellung der Gewerkschaften. 525. Die Stellung der Gewerkschaften. 526. Die Stellung der Gewerkschaften. 527. Die Stellung der Gewerkschaften. 528. Die Stellung der Gewerkschaften. 529. Die Stellung der Gewerkschaften. 530. Die Stellung der Gewerkschaften. 531. Die Stellung der Gewerkschaften. 532. Die Stellung der Gewerkschaften. 533. Die Stellung der Gewerkschaften. 534. Die Stellung der Gewerkschaften. 535. Die Stellung der Gewerkschaften. 536. Die Stellung der Gewerkschaften. 537. Die Stellung der Gewerkschaften. 538. Die Stellung der Gewerkschaften. 539. Die Stellung der Gewerkschaften. 540. Die Stellung der Gewerkschaften. 541. Die Stellung der Gewerkschaften. 542. Die Stellung der Gewerkschaften. 543. Die Stellung der Gewerkschaften. 544. Die Stellung der Gewerkschaften. 545. Die Stellung der Gewerkschaften. 546. Die Stellung der Gewerkschaften. 547. Die Stellung der Gewerkschaften. 548. Die Stellung der Gewerkschaften. 549. Die Stellung der Gewerkschaften. 550. Die Stellung der Gewerkschaften. 551. Die Stellung der Gewerkschaften. 552. Die Stellung der Gewerkschaften. 553. Die Stellung der Gewerkschaften. 554. Die Stellung der Gewerkschaften. 555. Die Stellung der Gewerkschaften. 556. Die Stellung der Gewerkschaften. 557. Die Stellung der Gewerkschaften. 558. Die Stellung der Gewerkschaften. 559. Die Stellung der Gewerkschaften. 560. Die Stellung der Gewerkschaften. 561. Die Stellung der Gewerkschaften. 562. Die Stellung der Gewerkschaften. 563. Die Stellung der Gewerkschaften. 564. Die Stellung der Gewerkschaften. 565. Die Stellung der Gewerkschaften. 566. Die Stellung der Gewerkschaften. 567. Die Stellung der Gewerkschaften. 568. Die Stellung der Gewerkschaften. 569. Die Stellung der Gewerkschaften. 570. Die Stellung der Gewerkschaften. 571. Die Stellung der Gewerkschaften. 572. Die Stellung der Gewerkschaften. 573. Die Stellung der Gewerkschaften. 574. Die Stellung der Gewerkschaften. 575. Die Stellung der Gewerkschaften. 576. Die Stellung der Gewerkschaften. 577. Die Stellung der Gewerkschaften. 578. Die Stellung der Gewerkschaften. 579. Die Stellung der Gewerkschaften. 580. Die Stellung der Gewerkschaften. 581. Die Stellung der Gewerkschaften. 582. Die Stellung der Gewerkschaften. 583. Die Stellung der Gewerkschaften. 584. Die Stellung der Gewerkschaften. 585. Die Stellung der Gewerkschaften. 586. Die Stellung der Gewerkschaften. 587. Die Stellung der Gewerkschaften. 588. Die Stellung der Gewerkschaften. 589. Die Stellung der Gewerkschaften. 590. Die Stellung der Gewerkschaften. 591. Die Stellung der Gewerkschaften. 592. Die Stellung der Gewerkschaften. 593. Die Stellung der Gewerkschaften. 594. Die Stellung der Gewerkschaften. 595. Die Stellung der Gewerkschaften. 596. Die Stellung der Gewerkschaften. 597. Die Stellung der Gewerkschaften. 598. Die Stellung der Gewerkschaften. 599. Die Stellung der Gewerkschaften. 600. Die Stellung der Gewerkschaften. 601. Die Stellung der Gewerkschaften. 602. Die Stellung der Gewerkschaften. 603. Die Stellung der Gewerkschaften. 604. Die Stellung der Gewerkschaften. 605. Die Stellung der Gewerkschaften. 606. Die Stellung der Gewerkschaften. 607. Die Stellung der Gewerkschaften. 608. Die Stellung der Gewerkschaften. 609. Die Stellung der Gewerkschaften. 610. Die Stellung der Gewerkschaften. 611. Die Stellung der Gewerkschaften. 612. Die Stellung der Gewerkschaften. 613. Die Stellung der Gewerkschaften. 614. Die Stellung der Gewerkschaften. 615. Die Stellung der Gewerkschaften. 616. Die Stellung der Gewerkschaften. 617. Die Stellung der Gewerkschaften. 618. Die Stellung der Gewerkschaften. 619. Die Stellung der Gewerkschaften. 620. Die Stellung der Gewerkschaften. 621. Die Stellung der Gewerkschaften. 622. Die Stellung der Gewerkschaften. 623. Die Stellung der Gewerkschaften. 624. Die Stellung der Gewerkschaften. 625. Die Stellung der Gewerkschaften. 626. Die Stellung der Gewerkschaften. 627. Die Stellung der Gewerkschaften. 628. Die Stellung der Gewerkschaften. 629. Die Stellung der Gewerkschaften. 630. Die Stellung der Gewerkschaften. 631. Die Stellung der Gewerkschaften. 632. Die Stellung der Gewerkschaften. 633. Die Stellung der Gewerkschaften. 634. Die Stellung der Gewerkschaften. 635. Die Stellung der Gewerkschaften. 636. Die Stellung der Gewerkschaften. 637. Die Stellung der Gewerkschaften. 638. Die Stellung der Gewerkschaften. 639. Die Stellung der Gewerkschaften. 640. Die Stellung der Gewerkschaften. 641. Die Stellung der Gewerkschaften. 642. Die Stellung der Gewerkschaften. 643. Die Stellung der Gewerkschaften. 644. Die Stellung der Gewerkschaften. 645. Die Stellung der Gewerkschaften. 646. Die Stellung der Gewerkschaften. 647. Die Stellung der Gewerkschaften. 648. Die Stellung der Gewerkschaften. 649. Die Stellung der Gewerkschaften. 650. Die Stellung der Gewerkschaften. 651. Die Stellung der Gewerkschaften. 652. Die Stellung der Gewerkschaften. 653. Die Stellung der Gewerkschaften. 654. Die Stellung der Gewerkschaften. 655. Die Stellung der Gewerkschaften. 656. Die Stellung der Gewerkschaften. 657. Die Stellung der Gewerkschaften. 658. Die Stellung der Gewerkschaften. 659. Die Stellung der Gewerkschaften. 660. Die Stellung der Gewerkschaften. 661. Die Stellung der Gewerkschaften. 662. Die Stellung der Gewerkschaften. 663. Die Stellung der Gewerkschaften. 664. Die Stellung der Gewerkschaften. 665. Die Stellung der Gewerkschaften. 666. Die Stellung der Gewerkschaften. 667. Die Stellung der Gewerkschaften. 668. Die Stellung der Gewerkschaften. 669. Die Stellung der Gewerkschaften. 670. Die Stellung der Gewerkschaften. 671. Die Stellung der Gewerkschaften. 672. Die Stellung der Gewerkschaften. 673. Die Stellung der Gewerkschaften. 674. Die Stellung der Gewerkschaften. 675. Die Stellung der